

PLENUM:

BERICHTE AUS DEN FOREN UND DISKUSSION

TEILNEHMER:

Günther H. Oettinger MdL,
Ministerpräsident

Professorin Jutta Allmendinger Ph.D.,
Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
Nürnberg

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz,
Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung
GmbH (ZEW) Mannheim

Professor Dr. Rainer Künzel,
Professor für Ökonomie und Politik des Tertiären
Bildungssystems an der Universität Osnabrück

Dr. Dieter Kurz,
Vorsitzender des Konzernvorstandes der Carl Zeiss AG,
Oberkochen

Professor Dr. Detlef Müller-Böling
Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE),
Gütersloh

Tilman Todenhöfer,
Persönlich haftender Gesellschafter der Robert Bosch
Industrietreuhand KG, Stuttgart

MODERATION:

Senator a.D. Professor Dr. Manfred Erhardt,
Generalsekretär i.R. des Stifterverbandes für die Deutsche
Wissenschaft

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße auf das Herzlichste den Herrn Ministerpräsidenten, der bei uns eingetroffen ist. Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank!

Wir werden Ihnen am Schluss provozierende Fragen stellen, und zwar Fragen, die aus den Foren kommen.

Zunächst möchte ich die Berichterstatter bitten, die Ergebnisse aus den Foren vorzutragen – höchstens fünf Minuten. Dann werde ich die drei Experten bitten, zu diesen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen – auch nicht mehr als drei bis vier Minuten.

Anschließend wollen wir innerhalb dieser Runde eine Diskussion führen. Ich glaube nicht, dass es während dieser einhalb Stunden zu einer Publikumsbeteiligung kommen kann. Aber am Schluss, Herr Ministerpräsident, müssen Sie dies alles in der Form eines Regierungsprogramms, das dann auch umgesetzt wird, zusammenfassen.

Ich möchte jetzt bitten, dass zunächst Frau Prof. Allmendinger, danach Herr Kurz und schließlich Herr Künzel vortragen. Wir werden anschließend in der Reihenfolge Franz, Todenhöfer, Müller-Böling weitermachen.

PROF. JUTTA ALLMENDINGER: Allerherzlichsten Dank! – Ich werde vier Punkte hervorheben und dabei sicherlich unter den fünf Minuten bleiben. Zunächst haben wir gefragt, wie verlässlich die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen überhaupt ist. Stimmt es überhaupt, dass so viele Personen mehr an die Universitäten kommen werden? Die Antwort ist eindeutig: Diese Statistik ist sicher, da die Personen bereits geboren worden sind. Da hilft kein Hin und Her: Diese Herausforderung steht. Dann: Können wir genau angeben, in welchen Bereichen wir auszubilden haben? Hier ist die Antwort eindeutig negativ. Wir können nicht sagen: „Auf diesen und diesen und diesen Tätigkeitsschwerpunkt ist auszubilden“, dafür wandelt sich die Tätigkeitslandschaft zu schnell. Wir brauchen eine saubere, fundierte Grundlagenausbildung, die dabei hilft, nicht nur eine Tätigkeit im Leben ausüben, sondern auch Tätigkeitswechsel vollziehen zu können. Wir haben die Frage bejaht, dass auch in Deutschland Chemieunternehmen von Personen geführt werden können, die überhaupt nichts mit Chemie zu tun haben.

Die zweite Frage kreiste um Ausbildungsstrukturen. Brauchen wir tatsächlich mehr Kapazitäten an Volluniver-

sitäten? Reicht es nicht aus, einige Fächer auszubauen und andere zu schließen? Die Meinung im Forum war auch hier klar: Es kann nicht darum gehen, Universitäten auf wenige Inhalte zu verkürzen. Wir brauchen Volluniversitäten – so, wie wir sie heute haben – und keine Universitäten, die schnell nur Ingenieure und ähnliche Disziplinen ausbilden; Wirtschaftswissenschaftler gehören vielleicht auch noch dazu. Wir brauchen Volluniversitäten, weil erst durch das Ensemble der unterschiedlichen Fächer die Grundkompetenzen ausgebildet werden können, von denen wir eben gesprochen haben.



Zum dritten Punkt: Es ist ganz notwendig, über Qualität und Quantität zu diskutieren, es gibt kein Entweder - Oder. Wir dürfen nicht die Quantität auf Kosten der Qualität erhöhen. Und wir dürfen uns in einem Punkt nicht täuschen: Die Qualität der Ausbildung an Universitäten muss in vielen Fachbereichen in Zukunft wesentlich besser werden.

Und schließlich: Wir dürfen nicht kurzfristig denken – und 2012 ist kurzfristig gedacht. Die Herausforderung und die Chance eines „Mehr“ an Hochschulausbildung besteht weit über 2012 hinaus. Wir werden noch einen sehr, sehr langen Zeitraum haben, in dem viel mehr Personen als heute eine Hochschulausbildung nachfragen werden, in dem die Wirtschaft diese Personen auch braucht, weil sich das Tätigkeitsspektrum immer mehr auf hoch qualifizierte Tätigkeiten verlagert. Das ist gut so, das ist nichts Schlechtes. Es ist eine Chance, keine Last.

JUTTA ALLMENDINGER:
*„Stimmt es überhaupt,
dass so viele Personen
mehr an die Universitäten
kommen werden?
Die Antwort ist eindeutig:
Diese Statistik ist sicher,
da die Personen bereits
geboren worden sind. Diese
Herausforderung steht.“*

Wenn wir sagen: „nicht kurzfristig, sondern langfristig“ oder „kurzfristig und langfristig“, dann ist damit auch eine Lebensverlaufsperspektive gemeint, wonach wir nicht nur an eine erste Ausbildung denken dürfen. Vielmehr müssen wir Universitäten öffnen für Personen, die an Universitäten zurückkehren, ihre alte Ausbildung erneuern oder neue Inhalte hinzufügen. Ich veranschauliche das an meinem Beispiel. Ich unterrichte an der LMU München junge Personen, die am Anfang ihres Erwerbsverlaufs stehen, und ältere Menschen, die bereits aus dem Erwerbsleben ausgetreten sind und nun das Seniorenstudium belegen. Aber ich habe nicht die „mittleren“ Altersjahrgänge, keine Mischung von Alterskohorten, die beispielsweise das Auditorium hier aufweist oder das Normale an amerikanischen Universitäten darstellt. Das kann so nicht sein. Das muss sich ändern.

Hiermit schließe ich auch schon und habe die fünf Minuten nicht gebraucht. Von daher reicht die Zeit für ein Lob.

Sie, Herr Ministerpräsident, und Sie, Herr Minister Frankenberg, sind in dem Forum sehr gelobt worden. – Warum schauen Sie so überrascht?

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Frau Allmendinger legt die Messlatte hoch.

PROF. JUTTA ALLMENDINGER:

Lassen Sie mich das Lob kurz vollenden und dennoch in der Redezeit bleiben.

In der Tat ist dieser Kongress der erste, der sich mit dieser wichtigen Fragestellung auseinander setzt. Auch hat das Land Baden-Württemberg in Person des Herrn Ministers mit dafür gesorgt, dass die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zum Ausbau der Universitäten glücklicherweise verabschiedet worden sind. Der Wissenschaftsrat empfiehlt nachdrücklich, bei Stärkung der Qualität die Kapazitäten von Universitäten auszu-

JUTTA ALLMENDINGER:
„Sie, Herr Ministerpräsident, und Sie, Herr Minister Frankenberg, sind in dem Forum sehr gelobt worden. In der Tat ist dieser Kongress der erste, der sich mit dieser wichtigen Fragestellung auseinander setzt.“

bauen. Dafür unser aller Dank! Das kann und darf ich sicherlich so formulieren.

Wir bitten aber auch, dass es nicht bei diesem Kongress, nicht bei einer Hochglanzdokumentation, dem Kongressbericht, bleibt. Den Worten müssen Taten folgen.

Vielen Dank!

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Herr Ministerpräsident und Herr Minister, wir werden Sie an Ihrem Montagshandeln und nicht an Ihren Sonntagsreden messen. Herr Kurz, bitte.

DR. DIETER KURZ: Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Das Forum „Hochschule, Wirtschaft und Gesellschaft“ hat sich drei große Themen vorgenommen, die alle mit Fragen zu tun haben.

Die erste Frage, mit der wir uns beschäftigt haben, lautete: Muss das denn sein? Die zweite Frage lautete: Was sollten wir tun? Die dritte Frage schließlich war: Wie schaffen wir es?

Die Antwort auf die Frage, ob das denn sein muss, war einfach: Eine wachsende Zahl junger Leute, die studieren wollen, ist keine Bedrohung, sondern eine Riesenchance. Ein Land wie Deutschland und wie Baden-Württemberg sollte diese Chance bestmöglich nutzen. Deswegen sollten wir alles dafür tun, dass das, was zwischen heute und 2012 und danach passiert, auch wirklich zu dem Output führt, den wir uns alle versprechen.

Eine spannende Diskussion kam relativ schnell über die Frage auf: Was sind denn die richtigen Profile der Ausbildung? Nun wird es sehr schwierig sein, zumindest aus der Wirtschaft mit hohem Detailgrad zu sagen: Was brauchen wir 2012 oder 2020? Aber eines ist klar – das sehen wir schon heute, und das kann man an den heutigen Berufsbildern in der Industrie ablesen –: Viele, die mit einer Hochschulausbildung in die Industrie gegangen sind, machen heute, 5, 10 oder 20 Jahre später, etwas ganz anderes als das, was sie ursprünglich gelernt haben. Das Wesentliche, was sie aus ihrer Hochschulausbildung mitbringen – das ist sehr vereinfacht, aber ich glaube, es stimmt –: Sie haben im Prinzip gelernt, wie man lernt. Das ist das, was uns voranbringt.

Klar ist – das wurde schon heute Morgen in den Statements zum Ausdruck gebracht und in unserem Forum noch einmal deutlich bestätigt –:

DIETER KURZ:

„Eine wachsende Zahl junger Leute, die studieren wollen, ist keine Bedrohung, sondern eine Riesenchance. Ein Land wie Deutschland und wie Baden-Württemberg sollte diese Chance bestmöglich nutzen.“





Ein Land, das Innovation und Technologie braucht, braucht Naturwissenschaftler und Ingenieure – das ist, glaube ich, unbestritten –, und wir werden mehr davon brauchen. Diese Studiengänge sollten befördert werden.

Natürlich bekommen dann die Geisteswissenschaftler Angst. Das sollten sie nicht haben. Das ist auch das Signal, das wir hier gern ins Podium bringen möchten: Ein Rückbau der Geisteswissenschaften sollte keinesfalls zur Diskussion stehen. Die Frage, wie dort ausgebaut werden muss und kann, sollte sorgfältig untersucht werden.

Es gibt weitere Chancen an Bildungsprofilen. Genannt wurde die Akademisierung von Dienstleistungsberufen. Ein Beispiel, das heftig vertreten wurde, war die Frage der Ausbildung von Kindergärtnerinnen oder von einigen medizinischen Berufen, die man einer akademischen Ausbildung zuführen könnte.

Schließlich das letzte, aber auch nicht unwichtige Statement dazu: Wir dürfen nicht nur Häuptlinge ausbilden, wir brauchen auch Indianer.

Bei der Frage „Was sollten wir tun?“ sind wir nicht sehr ins Detail gegangen, sondern haben uns eher mit Visionen beschäftigt. Eine der Visionen war: Das Ganze kann nur funktionieren, wenn das Bildungssystem in der Summe wieder dahin kommt, wo es vielleicht einmal war, nämlich in eine Situation, bei der andere zu uns kommen, um zu sehen, wie man es richtig macht. Heute fahren wir nach Finnland und anderswohin. Eines der wichtigen Ziele in diesem Zusammenhang sollte sein, vom Kindergarten bis zur Hochschulausbildung wieder auf ein Niveau zu kommen, das Weltklasse und Weltstandard ist. Wir sollten nicht auf dem Niveau verharren, auf dem wir heute sind. Ein zweiter wichtiger Diskussionspunkt bei der Frage „Was sollten wir tun?“ war das Thema „Mehr Frauen ins System“, ohne dass wir es vertieft hätten. Aber das ist, glaube ich, eine generelle Forderung, die wir sehr ernst nehmen sollten.

Die dritte Frage ist die spannendste: Wie schaffen wir es? Denn hier geht es ums Geld und um die Verteilung der Mittel. Die Industrie geht ein solches Thema folgendermaßen

an: „Ich habe ein Kapazitätsproblem: Wie viel bekomme ich aus Effizienz, und wie viel muss ich zusätzlich hineinstecken?“ Ich bin ausdrücklich beauftragt, Herr Ministerpräsident, zu sagen, dass es aus Effizienz allein nicht geht.

Ich würde trotzdem empfehlen, das Thema „Effizienz an den Hochschulen“ voranzubringen – das hat sehr viel mit Wettbewerb zu tun, denn aus meiner Sicht geht Effizienzsteigerung nur unter Wettbewerbssituationen; man braucht Ziele, man braucht einen Ansporn, damit es wirklich passiert –, um Hochschulen attraktiv zu machen – für Studenten und für die zusätzlichen Mittel, die die Hochschulen benötigen, um besser zu werden und auch die Kapazitäten aufzubauen – und um sie zu Themen attraktiver zu machen, bei denen sich sicherlich auch die Wirtschaft beteiligen wird.

Gerade das Thema „Beteiligung der Wirtschaft“ ist aus meiner Sicht bei weitem noch nicht ausgereizt. Es geht nicht nur um die Frage von Stiftungsprofessuren, von Sponsoring oder von Stipendien für Studenten. Das gibt es alles schon heute. Es geht auch darum, wie man die Systeme durchlässiger machen kann. Denn Kapazität könnte auch über die Frage entstehen: Können Hochschulprofessoren einmal für zwei oder drei Jahre in die Industrie? Können Industrieforscher für zwei bis drei Jahre in einem „sabbatical“ an die Hochschule? Können Teilzeitprofessuren entstehen, indem zum Beispiel ein gewisser Teil der Arbeitszeit in der Industrie und ein gewisser Teil an der Hochschule erbracht wird? Das hätte den Riesenvorteil einer größeren Praxisnähe, eines indirekten finanziellen Beitrags der Wirtschaft sowie eines gegenseitigen besseren Kennenlernens und einer besseren Angleichung. Wir haben es heute Morgen gehört: Vielleicht ist auch eine Entfremdung zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Hochschulen entstanden, die nicht förderlich ist. Hier kann man etwas weiter voranbringen.

Dies wären einige Beispiele. Man kann sicherlich sehr viel mehr machen. Ich glaube, meine Redezeit ist um.

Auch ich möchte mich der Forderung von Frau Allmendinger anschließen: Taten müssen folgen. Die Wirtschaft braucht das, sonst werden wir in Kürze ziemlich schlecht aussehen.

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Herr Künzel, bitte.

PROF. DR. RAINER KÜNZEL: Das Forum 3 hatte mit dem Thema „Hochschule, Finanzierung und Qualität“ zu tun. Zunächst haben wir das Thema Finanzierung diskutiert und waren uns schnell einig, dass im Grunde genommen zwei größere Bereiche zu unterscheiden sind. Zum einen geht es um die Frage: Wie

RAINER KÜNZEL

„Die ausschließlich staatliche Finanzierung wird dauerhaft zur Wiederholung des gegenwärtigen Problems führen.“

können zusätzliche Mittel aufgebracht werden? Die zweite Frage wiederum lautet: Wie können Effizienzreserven im System gehoben werden?

Bei der zu erwartenden Entwicklung der Bewerberzahl ist klar, dass es sich nicht um ein nur kurzfristiges, sondern um ein langfristiges Problem handelt. Die Antworten müssen dementsprechend auch differenziert ausfallen. Wir können jetzt nicht nur mit kurzfristigen Maßnahmen reagieren, sondern wir müssen auch überlegen, wie die Finanzierung des Hochschulsystems langfristig auf mehr Füße gestellt wird. Denn die ausschließlich staatliche Finanzierung wird dauerhaft zur Wiederholung des gegenwärtigen Problems führen.

Wir haben aber zunächst auch die Frage ventiliert, was der Staat tun kann. Wir haben etwa gesagt: Um das aktuelle Problem einigermaßen in den Griff zu bekommen, ist es erforderlich, die Mittel um 20 Prozent zu erhöhen und auch die Studienplatzzahlen entsprechend auszuweiten. Nun ist klar, dass staatliche Möglichkeiten nicht völlig ausreichen werden. Aber es gibt durchaus Möglichkeiten der Umschichtung im Haushalt. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel Stellenumshiftungen aus dem Bereich des Schulministeriums, weil dort die gegenläufige Entwicklung zu beobachten ist – selbst wenn dort andere Probleme existieren.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, die Subventionen daraufhin zu überprüfen, ob Möglichkeiten bestehen umzuschichten.

Ein zusätzliches Problem ist durch das Ergebnis der Föderalismusreform entstanden. Hier besteht die Vorstellung, dass durch eine verstärkte Finanzierung der Forschung über den Bund Landesmittel für die Ausweitung der Kapazitäten in der Lehre freigesetzt werden können.

Dies alles war natürlich nicht unumstritten, ist aber ein Weg, den man hier aufzeigen kann.

Ferner gibt es durchaus die Möglichkeit einer Ergänzung des Lehrpersonals durch Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus außeruniversitären Forschungseinrichtungen und aus der Wirtschaft. Es besteht die Möglichkeit der Aktivierung pensionierter Professoren und Professorinnen.

Sie wissen vielleicht, dass es ein internationales Programm des DAAD gibt, nach dem genau das gemacht wird, und zwar mit großem Erfolg. Warum kann man solche Dinge nicht auch intern machen?

Die privaten Mittel, die generiert werden könnten, betreffen etwa Stiftungsprofessuren, die Beteiligung an Stiftungen und die Förderung wirtschaftsnaher Studienprogramme. Hier geht es besonders um die Zusammenarbeit mit staatlichen Hochschulen. Demgegenüber ziehen die zunehmenden Versuche, private Hochschulen zu gründen, Lehrkapazität aus den staatlichen Hochschulen ab, weil die privaten auf diese

MANFRED ERHARDT

„Quantität steht nicht versus Qualität oder umgekehrt, sondern beides muss gleichzeitig verwirklicht werden.“

Kapazität angewiesen sind.

Erwähnt wurde aber auch die Tatsache, dass ein Mangel an Lehrstellen besteht. Das ist auch für die darauf aufbauenden Qualifizierungsbereiche durchaus ein Problem. Hier müsste also gerade durch die Erweiterung des dualen Bildungssystems, durch seine Festigung und Verbreiterung auch ein Entlastungs-

effekt angestrebt werden.

Die Hochschulen können natürlich auch selbst zusätzliche Erlöse durch Weiterbildung und gewinnorientierte Dienstleistungen erzielen. Auch war die Rede davon, dass sogar die Gründung eigener gewinnorientierter Betriebe vorstellbar wäre.

Zu nennen sind schließlich noch höhere und differenziertere Studiengebühren.

All das ist eine Voraussetzung dafür, dass eine differenziertere Finanzierung des Gesamtsystems möglich wird.

Die Effizienzerhöhung im System hat viele Angriffspunkte. Ein wesentlicher Effekt wird sicherlich zu erzielen sein bei einer konsequenten Umsetzung der Studienreform, einer stärkeren Differenzierung des Bildungsangebots insgesamt bis hin zur weiteren institutionellen Ausdifferenzierung des Systems. Denn die Erhöhung der Zahl der Studierenden und der Studierendenquote insgesamt erfordert eine weitere Differenzierung des Angebots.

Streitig diskutiert wurde die Neujustierung des Verhältnisses von Lehre und Forschung, etwa dadurch, dass nicht so institutionell, sondern auch individuell differenziert wird. So etwa durch die Einführung von Karrieren, die stärker lehrorientierte Tätigkeiten zum Inhalt haben – bis hin zur Lehrprofessur –, durch die Möglichkeit einer Flexibilisierung der Dienstaufgaben und der Dienstverhältnisse des wissenschaftlichen Mittelbaus sowie durch eine strikte leistungsorientierte und auf die jeweilige Profilbildung der Hochschule gerichtete Mittelverteilung. Genannt wurde auch eine stärkere Effektivierung von Organisation und Management. Hier liegen noch große Reserven. Gerade die Wirtschaftsvertreter haben mehrfach darauf hingewiesen, dass die Managementqualitäten an den Hochschulen doch sehr zu wünschen übrig lassen.

Schließlich ist auch darauf hinzuweisen, dass dem Ministerium in dem System Hochschule eine Steuerungsfunktion zukommt, und zwar über die Landesrahmenplanung für Studienplatzangebote, aber auch über das Finanzierungsmodell selbst, das stärker nach Grund-, Ergänzungs- und Zusatzfinanzierung differenziert sein muss. Es muss also eine Kombination von Indikatoren und Evaluation erfolgen, damit qualitätsorientiert finanziert werden kann. Natürlich ist das Instrument der Zielvereinbarung hier ebenfalls zielführend.

Das waren im Groben die Themen, über die wir gesprochen haben. Ich kann nur sagen: Insgesamt waren wir uns eher einig in der Uneinigkeit, was die konkreten Aussagen anbe-

langte. Insofern kann ich hier auch kein abgeschlossenes Paket von Empfehlungen geben.

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Herzlichen Dank, Herr Künzel! – Meine Damen und Herren, alle drei Foren waren sich darin einig, dass es um drei Herausforderungen geht: um den quantitativen Ausbau, den strukturellen Umbau und die qualitative Neuorientierung. Quantität steht nicht versus Qualität oder umgekehrt, sondern beides muss gleichzeitig verwirklicht werden. Es geht um das Tun. Und Reformen kosten Geld, bevor sie etwas bringen. Darüber soll ganz konkret auch heute geredet werden.

Nun möchte ich die Fragen an die Experten trotzdem ein bisschen zerlegen und zunächst Sie, Herr Franz, fragen: Wie befriedigen wir das Mehr an Nachfrage nach Studienplätzen, das Mehr an Bedarf nach Hochqualifizierten aus dem Bildungssystem, das Mehr an Zusatz- und Ersatzbedarf? Wie befriedigen wir diese quantitative Herausforderung? Ich bitte um Ihre Vorschläge.

PROF. DR. DR. WOLFGANG FRANZ: Man muss schon zwei Dinge betrachten: zum einen die quantitative und zum anderen die qualitative Komponente. Die quantitative Komponente

WOLFGANG FRANZ:
„Es geht nicht allein um eine Steigerung im Bereich der Natur-, Ingenieur- und Lebenswissenschaften. Vielmehr geht es auch um die Kulturkompetenz eines Landes oder einer Erwerbsbevölkerung, also beispielsweise um die Geisteswissenschaften.“

resultiert einmal aus dem Ersatzbedarf aufgrund der Demographie; das wissen wir alle. Aber was sich noch nicht so richtig herumgesprochen zu haben scheint, ist der immense Zusatzbedarf an hoch qualifizierter Arbeit. Er wiederum speist sich aus zwei Quellen: zum einen aus der internationalen Integration aller Märkte – Stichwort Globalisierung –, die

dazu führt, dass einfache Arbeit zunehmend in Schwellenländer, Entwicklungsländer verlagert wird, und zum anderen aus dem technischen Fortschritt, den wir seit 10, 20 Jahren beobachten, der insbesondere gering qualifizierte Arbeit einspart und qualifizierte Arbeit begünstigt.
Zur qualitativen Komponente möchte ich insbesondere auch Frau Allmendinger sehr in ihren Aussagen aus dem Forum 1 zustimmen: Es geht nicht allein um eine Steigerung im Bereich der Natur-, Ingenieur- und Lebenswissenschaften. Vielmehr geht es auch um die Kulturkompetenz eines Landes oder einer Erwerbsbevölkerung, also beispielsweise um die Geisteswissenschaften. Ich denke auch einmal an mein eigenes Fach,

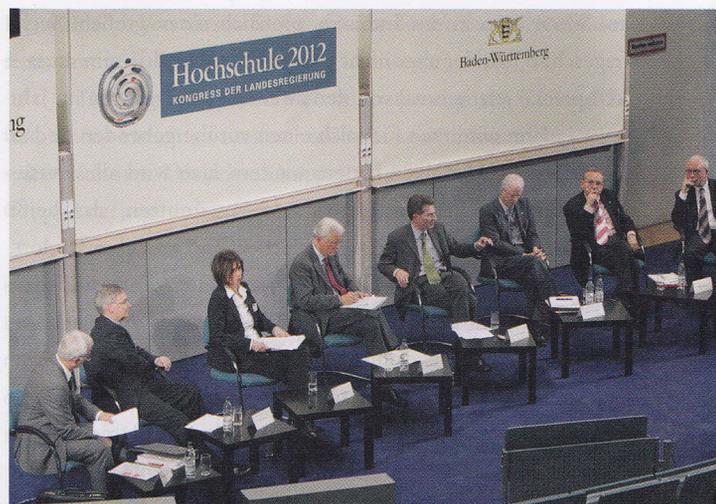
die Volkswirtschaftslehre, die ja nun auch etwas dazu beitragen kann, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland voran kommt.

Die Qualität ist das eine. Aber wichtig ist jetzt die Frage: Was muss man tun? Man muss zunächst einmal bedenken, dass alle bildungspolitischen Maßnahmen eine extrem lange Vorlaufzeit haben. Das heißt, wir müssen jetzt anfangen, zwei Maßnahmen zu ergreifen. Das ist zum einen der Kapazitätsausbau der Universitäten und Fachhochschulen einschließlich der – damit ich anschließend nicht wieder Prügel bekomme – Kunst- und der Musikhochschulen, und das ist zum anderen eine Effizienzsteigerung. Herr Ministerpräsident, es geht nicht allein darum, dass wir mehr Geld haben wollen – das, nebenbei bemerkt, natürlich auch. Aber es geht auch darum, dass die Universitäten, die Fachhochschulen, die Hochschulen insgesamt auch selbst etwas dazu beitragen können, die Effizienz zu steigern.

Natürlich muss man auch ganz vorn anfangen – das war ja auch ein wichtiger Gegenstand –, nämlich bei der Vorschul-erziehung. Ich schlage ganz konkret vor, ein verpflichtendes Vorschuljahr einzuführen – mit entsprechender Erziehung, beispielsweise auch im Hinblick auf die Sprachkompetenz. Deutsch darf nicht die erste Fremdsprache an unseren Schulen sein, sondern muss hier gelehrt werden. Hinzu kommt aber eine richtige Fremdsprache. Denn man hat ja festgestellt, dass Kinder im Alter von etwa vier Jahren eine unwahrscheinlich hohe Sprachlernkompetenz haben. Das sollte man ausnutzen.

Jetzt werden Sie natürlich fragen: Woher soll ich das Geld nehmen? Da kann ich Sie auf Folgendes hinweisen: Wir haben beim Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung detaillierte Vorschläge zum Subventionsabbau gemacht. Die bringen zweistellige Milliardenbeträge. Zum anderen – etwas Längerfristiges – könnte man eine Föderalismusreform dergestalt machen, dass Sie nicht so viel Geld in den Länderfinanzausgleich zahlen müssen.

Ein Schwabe gibt das Geld, das er hat, ungerne wieder her. Von jedem Euro, den Sie einnehmen, müssen Sie, glaube ich, gut 90 Cent in den Länderfinanzausgleich bezahlen. Das heißt, wenn man den einzelnen Bundesländern etwas mehr



Steuerautonomie zubilligen würde, stünde Baden-Württemberg sehr gut da. Dann könnten Sie das leicht, sage ich einmal, finanzieren.

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Herzlichen Dank! Herr Franz, Sie haben von Effizienzsteigerung und von mehr Studienplätzen gesprochen. Ich greife diese beiden Punkte heraus. Nun hat man ja in der Vergangenheit untertunnelt und Überlast verfügt. Das galt überwiegend für die Universitäten. Wenn jetzt Kapazitäts-erweiterungen notwendig sind, wie sollte man vorgehen, um dies in innovativer Weise zu realisieren? Wie könnte man den quantitativen Ausbau nutzen und strukturieren, um innovative Studienangebote und hochwertigere Produkte zu generieren? – Herr Todenhöfer, bitte.



TILMAN TODENHÖFER: Ich fange einmal mit dem Einfacheren an. Wenn man in der Industrie plötzlich einen großen Nachfrageschub hat, der aber nicht unbedingt nachhaltig sein muss – ich spreche jetzt einmal von den zwei Abiturjahrgängen im Jahr 2012 –, dann wird man für solch einen vorübergehenden Bedarf ja keine neuen Fabriken bauen, sondern man wird alles versuchen, die bestehenden Kapazitäten auszunutzen, das heißt Mehrschichtbetrieb, noch mehr Flächen hinzuzunehmen, dort, wo es möglich ist, auch vorlesungsfreie Zeiten, Semesterferien einzusetzen, um den vorübergehenden größeren Ansturm aufzugreifen. Das ist das erste Thema.

Das zweite Thema ist schon sehr viel tiefgründiger. Ich glaube, dass wir durch die Aufteilung des Studiums an den Universitäten und Fachhochschulen in Master und Bachelor auch eine gute Möglichkeit haben, indem nämlich die wirklich

Höchstqualifizierten, nachdem sie den Bachelor-Abschluss erworben haben, weiter bis zum Master-Abschluss studieren, während andererseits auch schon sehr viele Hochschulabgänger mit dem Bachelor-Abschluss ihre Heimat in der Industrie finden und die Universitäten oder die Fachhochschulen zeitlich nicht mehr über Gebühr belegen.

Weiterhin scheint es mir ganz wesentlich zu sein, dass wir nicht mehr so viele Hochschulabbrecher wie bisher haben. Die Grundvoraussetzung hierfür ist, möglichst gleich zu Beginn festzustellen: Sind die Leute denn wirklich für dieses Studium geeignet? Sollen sie hier weitermachen, oder sollte man nicht von vornherein eine "Aussiektion" vornehmen, insbesondere nachdem durchaus ja auch andere Studiengänge zur Verfügung stehen, die von diesen Studierenden aufgenommen werden könnten?

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Vielen Dank! – Der Stifterverband hat zur Messung der Innovationstüchtigkeit der Industrie immer auch die Innovationsquote bei den Produkten erhoben. Das heißt, wie hoch ist der Anteil neuer bzw. erneuerter Produkte und wie bewähren sie sich auf dem Markt?

Herr Müller-Böling, wenn man das auf den Hochschulbereich überträgt, was halten Sie davon, den Bildungseinrichtungen nicht einfach für den Ausbau mehr Geld zu geben, sondern einen Innovationswettbewerb auszuschreiben und diejenigen zu belohnen, die bereit sind, innovative Studiengänge neu zu entwickeln? Ich stelle die Frage deshalb so betont, weil auch Frau Allmendinger und Herr Kurz deutlich gemacht haben: Man soll sich nicht täuschen, hier handelt es sich nicht um einen mittelfristigen, sondern um einen langfristigen Bedarf. Die Tsunami-Welle rollt nämlich nicht aus, sondern sie rollt weiter, weil der Bedarf und der Ersatzbedarf ja weiter wachsen. Das gilt auch für die Nachfrage nach hoch qualifizierter Ausbildung insgesamt. Wie sollte das Land vorgehen, um die Innovationsrate zu erhöhen?

PROF. DR. DETLEF MÜLLER-BÖLING: Herzlichen Dank, Herr Erhardt! Ich will gern auf diese Frage eingehen. Gestatten Sie mir aber, nachdem ich seit heute Morgen hier ganz ruhig gesessen und noch gar nichts gesagt habe, doch vielleicht –

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Herr Müller-Böling, wenn Sie dies an die Beantwortung meiner Frage anschließen und bitte zunächst einmal die Frage beantworten würden.

PROF. DR. DETLEF MÜLLER-BÖLING: Ich binde sie gern mit ein. Sie brauchen keine Angst zu haben. Ich bin normalerweise kein Langredner. Aber mir sind in der Debatte drei Punkte aufgefallen, die mir bisher noch gefehlt haben. Die darf ich vielleicht noch mit einbringen.

Der erste Punkt: Wir sind hier zwar im Ländle, aber die Diskussion erscheint doch zu sehr regional bezogen. Es handelt

DETLEF MÜLLER-BÖLING

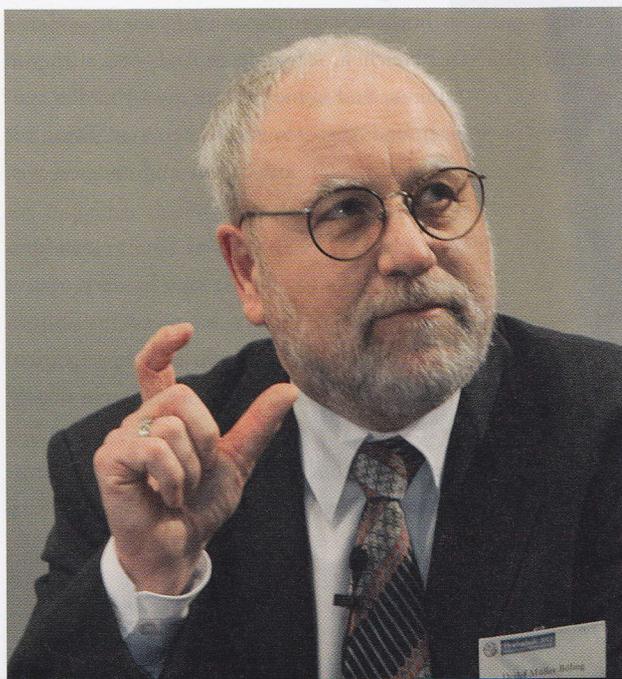
„Bisher haben wir das Geld ja eher angebotsorientiert verteilt. Nun müssen wir es nachfrageorientiert verteilen.“

sich in der Tat insgesamt um eine nationale Herausforderung, bei der es dann auch große Disparitäten in den einzelnen Räumen gibt. Wir haben darüber bisher nur Informationen bezogen auf die neuen Bundesländer und wissen, dass dort ab dem Jahr 2008 bis zu 50 Prozent weniger Studienberechtigte auf uns zukommen.

Das gilt aber – hierüber wissen wir noch nichts Hinreichendes – für andere Räume, etwa für das Ruhrgebiet, in ähnlicher Weise. Das heißt, wir müssen hier schon in einer etwas detaillierteren Analyse an die Dinge herangehen.

Ich komme deswegen darauf, weil ich das mit dieser Kapazitätsdiskussion, die wir hier geführt haben, verbinden möchte. Es ist richtigerweise gesagt worden: Wenn man ein Kapazitätsproblem hat, kann man versuchen, Effizienzreserven auszuschöpfen. Ich bin eigentlich sehr optimistisch, dass die Dinge dort durch die vergangenen Reformen bereits auf den Weg gebracht worden sind. Durch Globalhaushalte, durch die Autonomie in den Hochschulen, durch die Eigenverantwortung und natürlich auch durch die Kürzungsrunden der letzten Jahre sind erhebliche Effizienzreserven aus den Hochschulen herausgeholt worden. An dieser Stelle sollte man sich meines Erachtens nicht zu viel versprechen. Schon gar nicht sollte man sich versprechen, dass man die 25 bis 30 Prozent, die bundesweit in der Erhöhung auf uns zukommen, mit diesen Effizienzreserven auch nur annähernd herausholen könnte.

Die zweite Frage aber ist: Wenn man ein Kapazitätsproblem hat, kann man auf der einen Seite selbst Kapazitäten aufbauen. Das ist hier bisher nur diskutiert worden. Allerdings: Auf einem Gebiet, von dem wir wissen, dass es außerordentlich langwierig ist, Kapazitäten aufzubauen – ein Zeitraum von fünf Jahren ist da gar nichts –, haben wir bisher nur vom Personal gesprochen. Irgendwo in der Diskussion war einmal die Rede davon: „Ja, das packen wir in die bestehenden Räumlichkeiten.“ Es geht um ein Drittel der bisherigen Studierendenzahlen! Wie wollen Sie die alle in die bisherigen Labore hineinbringen?



Ich sehe da schon erhebliche Herausforderungen – und das alles für einen Zeitraum von 20 Jahren. Es geht um einen Zeitraum von 20 Jahren. Bis zum Jahr 2019 oder 2020 nämlich haben wir diese hohen Studierendenzahlen – zunächst einmal hohe Zahlen von Studienberechtigten, die schließlich aber zu

hohen Studierendenzahlen führen. Dann geht das herunter. Aber das heißt, dass die hohen Studierendenzahlen noch drei bis fünf Jahre weiter bestehen bleiben, bis diese Kohorten aus dem System ausscheiden. Das heißt, wir müssen uns mit einem Kapazitätsproblem, das über einen gewissen Zeitraum besteht, auseinandersetzen, wissen gleichzeitig aber, dass das Aufbauen von Kapazitäten länger dauert.

Was macht man in der Industrie in einem solchen Fall? Man kauft Kapazitäten dazu. Das heißt, wir müssen uns einmal darüber Gedanken machen, wo wir Kapazitäten gegebenenfalls dazukaufen können. Da fällt einem natürlich einmal mein erster Satz mit den Disparitäten in Deutschland ein, dass es hier auch unterschiedliche Auslastungen gibt und dass augenblicklich einzelne Länder bereits rückbauen. Ich behaupte nicht, dass das Problem damit insgesamt gelöst werden kann, wenn wir jetzt alle in den Osten oder ins Ruhrgebiet gehen. Aber wir werden in dieser Sache ja ohnehin nur mit einem Mix von Lösungen – nicht mit einer einzelnen Lösung – vorankommen.

Wir sollten auch einmal überlegen, welche Kapazitäten eigentlich in Europa – ich habe darüber keine Zahlen – vorhanden sind. Wir dürfen hier nicht zu kleinräumig denken. An der Universität Maastricht sind 57 Prozent der Studierenden Deutsche. Wir müssen in dieser Hinsicht, glaube ich, grundlegend weiterdenken.

Wir müssen an einer zweiten Stelle weiterdenken: Das ist bei der Differenzierung der Hochschulen. Herr Weiler hat von Artenvielfalt gesprochen. Wir haben mittlerweile mindestens drei Hochschultypen. Ich spreche nicht von Hochschularten, sondern von Hochschultypen. Das eine sind die international wettbewerbsfähigen; das sind dann die drei bis fünf in Deutschland. Von diesen fünf wiederum liegen natürlich mindestens drei in Baden-Württemberg. Das ist ganz klar.

Der zweite Typ sind die auch national guten Universitäten, die an einzelnen Stellen vielleicht auch international mitspielen können. Die dritte Gruppe schließlich ist die ganz große Gruppe der regionalen Hochschulen.

Ich spreche von Universitäten und Fachhochschulen in einem Atemzug. Da unterscheide ich nicht. Ich unterscheide eben zwischen diesen drei Typen. Für diese wiederum stellt sich die Frage des Ausbaus jeweils sehr unterschiedlich und anders, ohne das jetzt im Einzelnen diskutieren zu können. Aber das müssen wir tun.

Zur Finanzierung – auch sie ist meines Erachtens bisher noch nicht hinreichend diskutiert worden –: Wir brauchen

einen neuen Mix der Finanzierung. Das ist gesagt worden. Kommunen, der Bund, die Länder und Privatleute müssen in die Mitfinanzierung einer solchen Aufgabe eintreten.

Aber der zweite Punkt ist: Es geht nicht nur um die neuen Quellen, die zu erschließen sind. Vielmehr geht es auch um die Verteilungsmechanismen, um die Frage: Wie verteilen wir das Geld? Auch hier müssen wir neu und anders denken. Bisher haben wir das Geld ja eher angebotsorientiert verteilt. Nun müssen wir es nachfrageorientiert verteilen.

Jetzt bin ich bei Ihrem Vorschlag der Innovationsausschreibung: Mir wäre es lieber, wir würden das Geld nach den Studentenströmen verteilen. Dann müssen wir natürlich auch über die Mobilität nachdenken und sind letztlich bei der schwierigen Frage des Föderalismus, den wir selbstverständlich neu



denken müssen. Denn dann geht es auch um Fragen der Verteilung der Gelder zwischen den Ländern. Aber ich glaube, im Rahmen dieser großen Anstrengung müssen wir so weit gehen.

Der letzte Punkt, den ich anführen möchte und der mir völlig gefehlt hat, ist die Frage der Verbindung von Arbeit und Familie. Das ist ebenfalls ein Thema des demographischen Wandels, meine Damen und Herren. Wir haben in Deutschland eine Geburtenrate von im Durchschnitt 1,3 pro Frau. Sie beträgt 1,5 bei Frauen, die keinen Schulabschluss haben, und 1,0 bei den Akademikerinnen. Das Ganze bedeutet unter dem Gesichtspunkt der schlechten, der familienabhängigen Chancen: Wir werden erstens ab 2020 immer weniger in dieser Republik, und wir werden zweitens immer dümmer.

Ich drücke es wirklich so konkret aus. Das dürfen wir bei dieser ganzen Debatte nicht ausblenden. Wenn wir jetzt Universitäten an dieser Stelle „neu machen“, müssen wir auch ein neues Bewusstsein schaffen und die Rahmenbedingungen dafür, dass Kinder geboren werden können – nicht unbedingt in der Universität, aber von denen, die dort studieren, und denen, die dort arbeiten.

Ich meine das wirklich sehr, sehr ernst, meine Damen und Herren. Das Thema darf nicht ausgeblendet werden.

Damit will ich zunächst einmal schließen.

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Sie haben im Land der Dichter und Denker mindestens drei Mal gesagt: „Wir müssen mehr denken.“ Der Kongress trägt den Titel: „Vorausschauendes Handeln in gemeinsamer Verantwortung“. Mir geht es jetzt darum – Analysen und Diagnosen sind da –: Es muss etwas geschehen! Und wenn Baden-Württemberg diesen Kongress ausrichtet, soll dies ein Signal sein, dass etwas geschehen wird.

Nun haben wir, auch in unserem Forum, viel darüber geredet, was der Bedarf der Wirtschaft an Naturwissenschaftlern, an Ingenieurwissenschaftlern sein wird. Aber das Beschäftigungssystem, Frau Allmendinger, besteht ja nicht nur aus der Wirtschaft, sondern auch aus innovativen und aus humanen Dienstleistungen. Das heißt, der pädagogische, der sozialpädagogische, der kulturelle Bereich, der dritte Sektor, der gemeinnützige Bereich: Sie alle sind in Expansion begriffen. Das heißt, wenn wir jetzt Kapazitätsausbau, strukturellen Umbau und qualitative Neuorientierung betreiben, ist zu fragen: Was müssten wir für diese Bereiche konkret tun? Denn mir genügt es nicht, Herr Kurz, dass man sagt: „kein Rückbau von Geisteswissenschaften“. Das ist mir zu defensiv. Die Geisteswissenschaften müssen endlich in die Offensive gehen und dürfen nicht immer nur betonen, dass sie die Schäden der technischen Zivilisation reparieren wollen. Sie müssen mehr tun.

PROF. JUTTA ALLMENDINGER: Dem stimme ich zu und erlaube mir eine kurze Vorbemerkung: Der Wissenschaftsrat hat gerade eine Stellungnahme zur Situation der Geisteswissenschaften in Deutschland vorgelegt. Dies ist ein ganz wichtiges Papier, da sich in den Köpfen festgesetzt hatte: „Oh Gott, diese langzeitarbeitslosen Geisteswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler.“ Dieses Bild ist schräg und falsch. In den Geisteswissenschaften gibt es zwar oft andere und schwierigere Berufseinmündungen als in anderen Disziplinen. Aber nach sechs, sieben Jahren ist die Erwerbstätigen- bzw. Arbeitslosenquote bei Geisteswissenschaftlern genauso hoch bzw. genauso niedrig wie in anderen wissenschaftlichen Bereichen. Ich finde es fatal, dass auch von den Medien noch immer und immer wieder etwa von den taxifahrenden Soziologen und Anglisten gesprochen wird. Denn wir brauchen ausgebildete Personen aus diesen und anderen wissenschaftlichen Bereichen.

Nun komme ich zu Ihrer Frage. Was könnte man konkret tun? Oder mit Kollege Franz, könnte man Förderprogramme von Universitäten an Innovationen knüpfen? Im übrigen sind auch hier die Geistes- und Sozialwissenschaften sehr wichtig. Ich darf vielleicht ein Beispiel anführen – weil mein Beitrag vorhin ja so kurz war:

Schauen Sie sich einmal die Entwicklung der Altersforschung an: Wenn wir beide, Herr Erhardt, mit unseren Kin-



dern hier die Treppe hochgehen würden, könnten die Kinder da tratschend hochrennen, während wir aufhören müssten zu reden, weil wir uns viel stärker auf unsere Motorik zu konzentrieren hätten, um die Treppe nicht hochzufallen.

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Ich schon, Sie nicht.

PROF. JUTTA ALLMENDINGER: Wir beide. – Dies ist eines der wichtigsten Ergebnisse der Altersforschung: Die Motorik lässt im Alter nach. Man kann weniger gleichzeitig tun. Wir können im Alter entweder Treppen laufen ohne zu reden - oder reden und dabei still stehen. Jüngere Personen haben dieses Abstimmungsproblem nicht. Im Alter sind wir hingegen viel pragmatischer als die Jungen; das ist auch gut so. Pragmatismus baut sich langsamer auf und viel langsamer ab. Dennoch strebt man in der Altersforschung natürlich danach, die Motorik bis ins Alter weitgehend zu erhalten. Gemeinsam arbeiten Verhaltenswissenschaftler, Biologen, Soziologen, Ökonomen und auch Ingenieure an diesem Ziel. Und entwickeln dabei auch innovative Produkte, schaffen Arbeitsplätze. Um im konkreten Beispiel zu bleiben: Es wurden Wackelschuhe entwickelt. Diese Schuhe führen dazu, dass die Motorik ständig gereizt wird, da man ja Balance zu halten hat. Ein permanentes Üben führt tatsächlich zu dem Effekt eines langsameren Abbaus entsprechender motorischer Kapazitäten. Und so sehen Sie, dass viele Altersforscher auf ganz merkwürdigen Schuhen hin und her wackeln, um wackelnd ins Alter gekommen, auch dann noch redend die Treppe hoch laufen zu können.

Das ist eine wichtige Innovation. Sie ist relevant in der Diskussion über das Renteneintrittsalter von 67 Jahren. Man sieht nämlich, dass man in der Tat weiter arbeiten kann. Sie ist auch relevant in der Frage: Was tut man für die immer älter werdende Bevölkerung? Welche Dienstleistungen müssen da ausgebaut werden? Welche Produkte müssen für diese Personengruppe entwickelt werden?

Insofern gehe ich durchaus davon aus, dass die Geisteswissenschaften her-

vorrangig abschneiden würden, wenn die Verteilung der Mittel nach Innovation ginge. Es tun sich also nicht nur ganz neue Arbeitsfelder in der Zukunft auf, an die wir bislang noch nicht gedacht haben, in denen viel Beschäftigung entsteht, sondern es werden sich auch gerade durch die Integration unterschiedlicher Felder Sektoren ergeben, in denen, auch in Ihrer Terminologie, ganz neue Produkte und Innovationen entstehen. Konkret handlungsrelevant wäre also eine Förderung, die das Miteinander von Disziplinen betont und die Forderung, Universitäten disziplinär keinesfalls abzuspecken.

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Herr Ministerpräsident, es ist in den Foren, vor allem im Forum 1, auch davon gesprochen worden, dass die unterschiedlichen Sektoren des Bildungssystems besser aufeinander abgestimmt werden müssten und miteinander kooperieren müssten. Es handelt sich ja immer um eine „Zulieferung“ aus der Familie in den Kindergarten, vom Kindergarten in die Grundschule, von der Grundschule in die weiterführende Schule und von der weiterführenden Schule in die Hochschule. Beklagt worden ist die fehlende Qualifikation vieler Stellenbewerber, etwa mit dem Beispiel, dass 50 Prozent derer, die sich um eine Lehrstelle bewerben, keinen Dreisatz lösen können. Ferner beklagen sich die Universitäten darüber, dass sie in vielen Studiengängen nicht dort ansetzen könnten, wo sie früher, etwa vor 30 Jahren, angesetzt haben, sondern Propädeutika vermitteln müssten. Was kann die Politik tun, um ein stimmiges, sich gegenseitig befruchtendes Gesamtkonzept in der Bildungspolitik aufzustellen?

Lassen Sie mich dies aus meiner Kenntnis der Arbeit der Kultusministerkonferenz erläutern. Dort war der Ablauf der Tagesordnung immer: allgemeine Fragen, Schulfragen, Hochschulfragen und dann Kulturfragen. Die jeweiligen Ressort-



minister sind dann immer bei den Punkten, die ein anderes Ressort betrafen, ausgestiegen. Das heißt, man hat eigentlich nicht darauf geachtet, dass wirklich eine stimmige Verzahnung vorhanden war. Könnte die Politik nicht dazu beitragen, dass diese „Zulieferfunktion“ in qualitativer Hinsicht besser erfüllt wird?

MINISTERPRÄSIDENT GÜNTHER H. OETTINGER: Lieber Herr Dr. Erhardt, meine verehrten Damen und Herren! Wir müssen jeden auf dem Weg – Kleinkind, Kind, Jugendlicher, Heran-



wachsender, junger Erwachsener – mitnehmen, mit zwei Zielen: ihn zu bilden und zu erziehen a) als Staatsbürger – Demokratie, Sozialstaatsgebot, Teamfähigkeit, christliches Menschenbild – und b) für den Arbeitsmarkt von morgen. Jedem und jeder das Rüstzeug für die beiden Ziele „Staatsbürger“ und „Arbeitnehmer oder Unternehmer am Standort Baden-Württemberg“ mitzugeben ist, glaube ich, eine entscheidende Aufgabe der Gesellschaftspolitik, die sich widerspiegelt in Vereinsleben, Kirchenleben, Elternhaus und ganz stark im Bereich Kindergarten, Schule, Berufsschule und Hochschule.

Ich glaube, dass in Baden-Württemberg relativ wenige diese Karawane, diesen Konvoi nicht begleiten. Das heißt, die Zahl der Abbrecher und Aussteiger ist bei uns relativ gering. Der Anteil der Jugendlichen, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen, liegt in Deutschland bei etwa 11,5 Prozent, in Baden-Württemberg bei etwa 7 Prozent und in Berlin bei über 30 Prozent. Daher glaube ich, dass, relativ gesehen, die Schulreife unserer Kinder mit sechs Jahren, die Ausbildungsreife unserer Kinder mit 16 Jahren und die Hochschulreife unserer Kinder mit 19 Jahren noch immer gewahrt ist.

Aber in der Tat wird die Verzahnung ein wichtiger Faktor sein. Kindergarten und Grundschule: Wir werden ganz stark die frühkindliche und kindliche Bildung der Drei- bis Zehnjährigen und deren Erziehung sowie die Ganztagsbetreu-

ung altersgemischt entwickeln. Das bedeutet Grundschullehrer auch im Kindergarten. Das bedeutet im ländlichen Raum gemeinsame Betreuung für Kindergarten und Schule, damit in jedem Ort Betreuung stattfinden kann. Das bedeutet Schulreife, Sprachkompetenz für alle.

Ich schließe ein Kindergartenpflichtjahr nicht aus. Ich habe dies vor zwei Jahren thematisiert. Wie immer, wenn Veränderungen vorgeschlagen werden, kommen alle Bedenken, aus allen Parteien, aus den Büschen und tragen ihre Bedenken vor. Ich bin bereit, wenn Sie mich unterstützen – übrigens: in den Bundesprogrammen der FDP und der Grünen steht es drin, aber landesweit lehnen sie es ab –, den Kindergarten aufzuwerten und den Kindergarten in den Mittelpunkt unserer Bildungsinvestitionen der nächsten Jahre zu rücken.

Zu meiner Kindergartenzeit hatte der Kindergarten eine Aufgabe: Es musste gewährleistet sein, dass um zehn nach zwölf, wenn die Kinder abgeholt wurden, die Kinderzahl genau so hoch war wie zwischen acht und halb zehn, als die Kinder hingebacht wurden – keiner weniger und keiner zu viel.

Hier mehr zu tun ist ein selbstverständliches Anliegen für die Gesellschafts- und Arbeitsmarktpolitik von morgen.

Die Angabe, 50 Prozent der Lehrstellenbewerber seien nicht ausbildungsreif, glaube ich, auf Baden-Württemberg bezogen, nicht, aber die Zahl von 15 Prozent glaube ich. Wenn ein Handwerksmeister, ein Innungsmeister, ein Ausbildungsleiter bei Bosch, ein Arbeitsdirektor sagt, 15 Prozent der Lehrstellenbewerber mit Schulabschluss seien nicht ausbildungsreif, dann glaube ich dies und ergänze: Dies darf so nicht bleiben.

Die teuerste Ressource, die Staat und Stadt anbieten, ist die Schule: Neun Jahre Schulpflicht, Lehrmittelfreiheit, Lernmittelfreiheit, Gebäude und Lehrer auf gutem Niveau. Erreicht werden muss, dass möglichst keiner schwänzt, sondern möglichst jeder die Schule besucht, dass die Schüler ergänzend betreut werden – deswegen ist die Ganztagschule für mich ein Projekt bei all diesen Fragen der Ausbildungs- und Hochschulreife – und nach dem Schulabschluss die Befähigung für den künftigen Erwerb eines Gesellenbriefs, für eine duale Ausbildung, also für den ersten Arbeitsmarkt haben und nicht als Ungelernte nur auf dem zweiten, dritten Arbeitsmarkt oder gar keinem Arbeitsmarkt unterkommen.

Wir haben in Baden-Württemberg in den letzten Jahren viel für Begabte und Hochbegabte getan – Stichwort Englisch oder Französisch ab Klasse 1, Stichwort Abitur ein Jahr früher, zentrale Fächer nicht abwählbar, Stichwort Hochbegabtgymnasium in Schwäbisch Gmünd, bald stärker in der Fläche,

Stichwort Exzellenz an der Hochschule. Dies wollen wir halten, aber wir widmen uns in der Zukunft parallel und verstärkt auch der Schulkarriere, der Entwicklungslaufbahn eines weniger und eines später Begabten mit dem Ziel, alle auf dem Weg in den ersten Arbeitsmarkt von morgen mitzunehmen. Da hat die Hochschule eine wichtige Bedeutung, und die Vernetzung von Schule und Hochschule gehört ebenfalls dazu.

Übrigens glaube ich, dass in Baden-Württemberg die Hochschulreife immer noch weitgehend mit dem Abitur gegeben ist. Aber wir müssen erreichen, dass die Beratung, welches Studienfach passt, früher einsetzt und verstärkt wird. Aus vielen Gesprächen mit jungen Erwachsenen mit 15, 16, 17 Jahren, die alle sehr selbstbewusst sind, nehme ich mit, dass sie oftmals Rat suchen in der Frage: Wofür bin ich begabt? Wo wird mein Studienplatz und was wird mein Studienfach sein? Dies ist im Grunde genommen eine Aufgabe der Medien, der Arbeitsverwaltung, der Lehrerschaft, der Eltern und der Wirtschaft. Deswegen muss die Einbeziehung von Praktikern aus der Wirtschaft in die Ganztagschule, um Interesse an Technik, an Engineering zu wecken, um ökonomischen Grundsachverstand zu vermitteln – denn rechnen können heißt noch nicht, eine GuV zu begreifen –, nicht erst für 17-Jährige, sondern auch schon für 10-, 12-, 14-Jährige angelegt sein.

Ich glaube, eine wichtige Verzahnung zwischen Schule und Hochschule ist, die Begabung und die Neugierde junger Menschen auf für sie passende Fächer früher zu wecken, als dies derzeit getan wird. Kinder sind zu stark davon abhängig, ob der Vater und die Mutter sich wirklich um deren Begabungen kümmern. Frühe geistige Nahrung und die Orientierungshilfe zu Hause und in der Schule für den künftigen Lebensweg müssen, glaube ich, stärker angelegt werden. Daher haben die Ganztagschule und die Integration in die Gesellschaft aus meiner Sicht eine wichtige Funktion.

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Ich stelle jetzt die Gretchenfrage: Wie finanzieren wir den notwendigen Aus- und Umbau? Ich stelle diese Frage an Herrn Müller-Böling, Herrn Todenhöfer



und an den Herrn Ministerpräsidenten und bitte, konkret auf meine Frage einzugehen.

Ich frage Herrn Müller-Böling: Wie mobilisieren wir die Effizienzreserven bei den Hochschulen, die Sie selber beschrieben haben? Dann frage ich Herrn Todenhöfer: Was wird die Wirtschaft tun und was könnte sie tun, um dies nicht nur zu begleiten, sondern auch durch personelle und finanzielle Ressourcen zu unterstützen? Und dann frage ich Sie, Herr Ministerpräsident: Wie finanzieren Sie es – Sie haben die Hauptlast – ganz konkret, durch Umschichtung oder wie auch immer, und sind Sie bereit, stufenweise 20 Prozent mehr Mittel für den notwendigen Aufbau zur Verfügung zu stellen?

PROF. DR. DETLEF MÜLLER-BÖLING: Ich hatte eben schon gesagt, dass ich die Effizienzreserven in den Hochschulen für nicht sehr hoch halte. Insofern bin ich jetzt in einer schwierigen Situation, wenn ich auf Ihre Frage antworten soll. Ich könnte genauso gut die Rückfrage stellen – aber die stellen Sie ja schon an den Ministerpräsidenten –: Wo sind die Effizienzreserven im Haushalt?

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Der eine weiß immer beim anderen besser, wie man den Gürtel enger schnallen könnte.

PROF. DR. DETLEF MÜLLER-BÖLING: Ja, ja. Das ist schon klar. Wir sollten doch wirklich auf dem Boden der Tatsachen bleiben. Es geht hier darum, dass zukünftig 30 Prozent mehr Studierende kommen. Da kann es nicht darum gehen, noch an kleinen Rädchen zu drehen. Die werden gedreht, das ist augenblicklich schon im System der autonomen Hochschule angelegt.

Was noch möglich ist, sind strukturelle Veränderungen im Hinblick auf das Personalrecht, im Hinblick auf neue Personalkategorien – da muss dann aber auch bezogen auf die unterschiedlichen Hochschultypen diskutiert werden, wo diese sinnvollerweise angelegt werden –, im Hinblick auf Flexibilität in den Lehrdeputaten – wir haben da ja mit den Teaching Points schon Vorschläge gemacht –, um hier eine größere Flexibilität herzustellen. Da sind vielleicht noch Reserven vorhanden. Aber ich sage noch einmal – der Begriff „Peanuts“ ist ja schon von Größeren als von mir gebraucht worden –:

Das sind wirklich nicht die entscheidenden Stellschrauben. Vielmehr ist die entscheidende Frage: Wie kriegen wir in einer gemeinsamen nationalen Anstrengung – ich sage das noch einmal – mit den verschiedensten Quellen – Land, Bund, auch in der Zusammenarbeit zwischen den Ländern, gegebenenfalls auch in der Hinwendung zu privatem Kapital – dieses Problem in den Griff? Für mich ist immer entscheidend, dass das Geld auch den Studierenden folgt. Wenn wir also die Wirtschaft bitten oder auffordern, mit einzusteigen, dann soll sie für bestimmte Personen oder Gruppen von Personen Studienplätze bezahlen. Das kann ja sogar benannt und benamt werden. Das kann mit Studiengebühren verknüpft werden. Das ist für mich der

richtige Weg: Geld muss immer den Studierenden folgen. Ansonsten kriegen wir wieder ein staatlich verwaltetes System, wo an einer Stelle Kapazitäten aufgebaut werden und wir uns nachher wundern, dass wir irgendwo Überkapazitäten haben. Vielmehr müssen wir dieses wettbewerbliche Element mit drin behalten. Das ist für mich ganz entscheidend.

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Im Hinblick auf Ihre Antwort, Herr Müller-Böling, werde ich jetzt die Frage an Herrn Todenhöfer etwas anders formulieren, nämlich eingrenzend, nach dem Satz von Helmut Schmidt: Charity begins at home. Was wird die Firma Bosch tun, um diesen notwendigen Prozess zu begleiten und durch Ressourcen und finanziell zu unterstützen?

TILMAN TODENHÖFER: Erstens einmal schaffen wir es, glaube ich, nicht, wenn nur die Firma Bosch etwas tut. Ich meine, der Aufruf sollte an alle Firmen, hauptsächlich an die Firmen hier in Baden-Württemberg, gehen. Denn – wir haben ja heute schon mehrfach darüber gesprochen – wir haben hier tolle Voraussetzungen, nicht nur im politischen und im strukturellen Hochschul Umfeld, sondern auch durch die ganzen Cluster, die uns zur Verfügung stehen, die Nähe von wirklichen Hightechunternehmen zu den Hochschulen usw.

Die Bosch-Gruppe tut schon relativ viel in dem Projekt

TILMAN TODENHÖFER:
„Die Wirtschaft hat verstanden, dass sie sich nicht zurücklehnen darf.“



„Wissensfabrik“. Die Bosch-Gruppe tut über die Stiftung schon viel im Bereich des so genannten NatWorks – das ist dieses durchgängige Erziehungssystem vom Kindergarten über die Schule bis hin zur Hochschule. Wir vergeben sehr viele Stipendien. Wir vergeben Praktika. Wir bezahlen Teile bis hin zu ganzen berufsbegleitenden Master-Studiengängen für die Mitarbeiter, die daran interessiert sind. Darüber hinaus sind – das wissen Sie, Herr Erhardt, ja sehr genau – von uns schon mehrfach Stiftungsprofessuren finanziert worden.

Das alles ist aber noch nicht genug. Ich meine, dass wir vonseiten der Wirtschaft zum Beispiel noch mehr Vertreter der Wirtschaft als Lehrende in die Hochschulen schicken müssen. Wir müssen noch mehr Hochschullehrer – ein, zwei Jahre, jedenfalls für eine vorübergehende Zeit – zu uns in die Firmen hineinnehmen, damit sie dort sehen, was die Züge der Zeit sind. Ich glaube, dass das Lernen von Strukturen, wie die Firmen auf gewisse Herausforderungen reagieren, das Lernen, was man mit solchen Strukturen besser machen kann, auch ganz wesentlich ist.

Ebenso kann man natürlich auch durch Kontakte gemeinsam Innovationen auf den Weg bringen. Ich erinnere nur daran: Die Hans-L.-Merkle-Stiftung vergibt zurzeit Promotionsstipendien an Studenten baden-württembergischer Universitäten, aber auch an Studenten, Diplomanden und Doktoranden bei den Max-Planck-Instituten usw. Da tut die Industrie schon sehr viel.

Ich habe noch einen weiteren Gedanken: Ich habe ja schon heute Morgen beklagt, dass wir im Ingenieurwesen noch nicht angemessen aufgestellt sind. Herr Ministerpräsident, es kommt ein weiterer quantitativer und qualitativer Ingenieurmangel auf uns zu. Wir müssen das schnellstens beheben.

Heute Morgen habe ich bereits angesprochen, dass diese leidige dreiprozentige Reichensteuer es einem schwer macht, den Reichen und Wohlhabenden zu sagen: „Leute, im Bereich Forschung und Entwicklung brennt hier der Zepelin. Die Universitäten haben zu wenig Geld. Spenden einmal etwas.“ Diese Möglichkeit ist leider Gottes mit der Einführung der Reichensteuer ziemlich verstopft worden, wobei der Begriff „Reichensteuer“ alleine schon provokativ ist.

Ich möchte vorschlagen – das tue ich hier zum ersten Mal öffentlich –, dass man, Herr Ministerpräsident, statt wie früher den koreanischen Schiffbau oder den US-Flugzeugbau durch Steuersparmodelle zu unterstützen, vielleicht einmal überlegt, hier einen Forschungs- und Entwicklungsfonds mit gewissen steuerlichen Attraktionen aufzulegen. Das Geld ist ja

im Moment zuhauf vorhanden. Man weiß oft gar nicht, wo es hin soll.

Meine Damen und Herren, es ist so. Die ganzen „Heuschrecken“ – wie sie zum Teil bezeichnet werden –, Hedgefonds und Private-Equity-Unternehmen haben ein Problem: Die haben sehr viel Geld und wissen meistens nicht, wohin mit dem Geld. Das ist ja gar keine klassenkämpferische Aussage, sondern einfach eine Tatsachenbeschreibung.

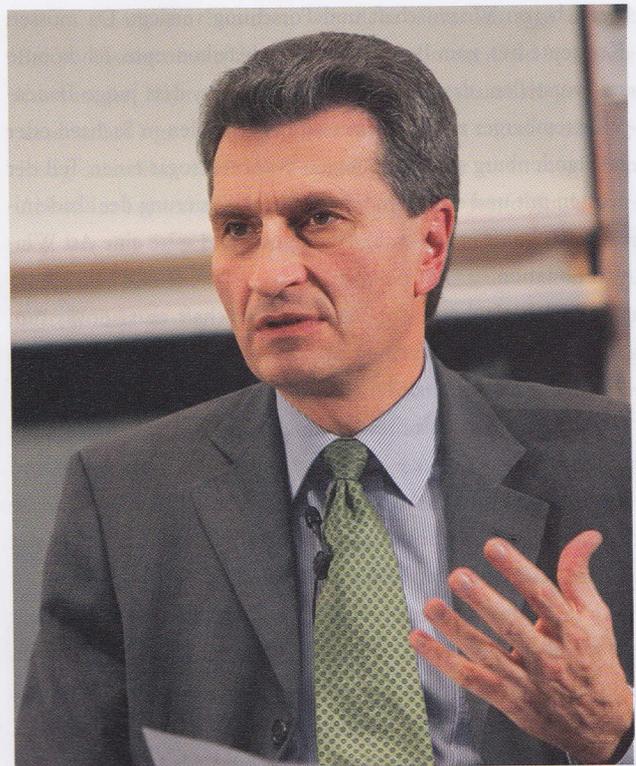
Mir geht es einfach darum, sich einmal einen Spezialfonds zu überlegen. Ich könnte mir vorstellen, dass da einige Hundert Millionen Euro, wenn nicht sogar noch mehr, zusammenkommen könnten. Man könnte zum Beispiel den Leuten aufzeigen: „Ihr könnt vorläufig einmal Geld aus unbesteuerter Ertrag dort hineinstecken und es dann später versteuern.“ Das würde einen gewissen Zinsverlust für den Staat bedeuten. Ein Zinsgewinn für die Investoren könnte die Attraktion sein. Oder wenn ein solcher Fonds durch bestimmte Entwicklungen bestimmte Erträge erwirtschaftet, könnte man solche Erträge in irgendeiner Form steuerbegünstigt behandeln.

Wenn einfach nur gesagt wird: „Leute, gebt etwas für Forschung und Entwicklung“, kommen wir wieder auf den alten Pfad, dass Firmen und Privatpersonen sagen: „Wir zahlen schon genügend Steuern. Der Staat soll selber gucken, wie er das regelt.“ Das ist genau das Thema, das ich auch noch aufrufen will, bei dem ich auch die Wirtschaft hinter mir weiß. Die Wirtschaft hat verstanden, dass sie sich nicht zurücklehnen darf. Das tut sie übrigens auch nicht. Herr Würth ist heute hier. Es gibt noch viel mehr solcher bewundernswerter Personen. Die Wirtschaft hat verstanden, dass sie dem Staat helfen muss. Sie wird es auch tun und wird sicher alle guten Vorschläge aufgeschlossen prüfen.

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Herr Ministerpräsident, sind Sie willens und finanziell in der Lage, diese Herausforderung zu bewältigen, und wie werden Sie das machen?

MINISTERPRÄSIDENT GÜNTHER H. OETTINGER: Das Ziel Baden-Württembergs wird bleiben, unsere Akademiker nicht in anderen Ländern ausbilden zu lassen, sondern die Studierquote bei uns zu erfüllen. Es darf gerne jemand aus Baden-Württemberg in Marburg, Münster oder Boston studieren. Aber die Zahl derer, die zum Studieren zu uns kommen, sollte auch weiterhin etwa gleich hoch sein. Unser Ehrgeiz ist es, eine „atmende Autarkie“ zu haben: Die Zahl der baden-württembergischen Studenten, die außerhalb Baden-Württembergs studieren, sollte etwa gleich hoch sein wie die Zahl der auswärtigen Studenten, die bei uns studieren. Wir erfüllen unsere Aufgabe entsprechend unserer jungen Generation in Baden-Württemberg.

Die Annahme eines Studierendenanstiegs um 30 Prozent halte ich für nahe liegend. Andere Prognosen gehen von einem Anstieg um 20 Prozent aus. Aber alle Prognosen wurden bisher nach oben verändert, weil Baden-Württemberg ein



Wachstumsland ist. Wir werden erleben, dass die Arbeitsmarktlage, die in Deutschland sehr, sehr unterschiedlich ist, noch mehr Menschen nach Baden-Württemberg führt. Die Zuwanderer kommen in jungem Alter nach Baden-Württemberg, und deren Kinder wollen später hier Berufsschule, Ausbildung oder Studium absolvieren. Das Wachstumsland Baden-Württemberg ist also auch ein Grund für den Anstieg der Zahl der Studierenden.

Der zweite Grund ist: Die meisten Eltern haben nur ein Kind. Bei Einzelkindern ist das Interesse der Eltern, dass der Sohn oder die Tochter studiert, noch höher.

Der dritte Grund, warum wir mehr Studierende haben, ist die Anziehungskraft unserer Hochschulen. Alle Rankings: herausragend. Die Rankings und die Exzellenzinitiative führen die Menschen zu uns nach Baden-Württemberg. Das heißt, es wird immer mehr auch für Nicht-Baden-Württemberger spannend, in Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim usw. zu studieren.

Der letzte Punkt: Entsprechend unseres Strukturwandels wird in der Wirtschaft der Bedarf an Akademikern zunehmen. Deswegen gehe ich in der Tat von einem Studierendenanstieg um 30 Prozent aus. Dem wollen wir in Baden-Württemberg gerecht werden.

Trotzdem muss das Thema „neue Länder“ besprochen werden. Denn wir können nicht wollen, dass neu aufgebaute oder alte Hochschulen in den neuen Ländern halb leer stehen und damit im Grunde der mühsame Aufholprozess auch in dem

**MINISTERPRÄSIDENT
GÜNTHER H. OETTINGER**

*„Bei 30 Prozent
mehr Studierenden
muss mehr Geld her.“*

Bereich von Wissenschaft und Forschung versiegt. Da müssen Konzepte her, zum Beispiel Partnerschaftskonzepte. Ich könnte mir vorstellen, dass wir sagen: „Wir wollen, dass junge Baden-Württemberger zwei Semester an Hochschulen in Sachsen oder in Brandenburg studieren, tragen eventuell sogar einen Teil der Kosten mit und erreichen damit die Stabilisierung der akademischen Zukunft in diesen Hochschulen.“ Das wäre eine Art Win-win-Situation.

Ich glaube in der Tat: Die Wirtschaft muss etwas tun, und zwar in ihrem eigenen Interesse an einer exzellenten künftigen Führungsgeneration, die aus den Hochschulen kommt. Deswegen wollen wir diesen Kongress fortsetzen – ich komme nachher darauf zurück –, indem wir in die Regionen gehen und damit wirklich alle Arbeitgeber und Unternehmen und die Kammern der Wirtschaft erreichen und ihnen aufzeigen: Jetzt ist die beste Form der Wirtschaftsförderung „Hochschule 2012“.

Die Kommunen würde ich in diesem Bereich außen vor lassen. Ich bin der Auffassung, dass man bei dem Thema Hochschulen schon eine klare Verantwortung des Landes und der Wirtschaft im Land sehen muss. Es ist eine nationale Frage, das stimmt. Durch die Föderalismusreform wird sich der Bund daraus zurückziehen. Die Länder trauen sich das zu. Baden-Württemberg traut sich das zu. Wir trauen uns das zu.

PROF. DR. DETLEF MÜLLER-BÖLING: Aber Baden-Württemberg ist nicht alleine. 15 andere Länder sind noch dabei.

MINISTERPRÄSIDENT GÜNTHER H. OETTINGER: Wenn ich Ministerpräsident des Saarlands wäre, hätte ich andere Pro-

bleme; keine Frage. Aber ich traue unserem Land – unserem Haushalt, unserem Landtag, unseren Parteien, unseren Hochschulen – zu, diese Aufgabe zu meistern und nicht in Berlin um Geld betteln zu müssen. Das muss klar sein. Dieses Selbstbewusstsein haben wir.

Die Kommunen haben, meine ich, andere Aufgaben. Zum Beispiel wird man über die Infrastruktur beim Ganztagsbetreuungsangebot für Studierende mit Kindern sprechen müssen. Ich will die Kommunen bitten, die soziale Infrastruktur – Stichworte Wohnungsbau, ÖPNV, Ganztagsbetreuung – zu leisten. Aber die eigentliche akademische Seite ist Landesangelegenheit.

Wenn die Kommunen einbezogen werden, wird sehr rasch die Frage auf den Tisch kommen, die noch besprochen werden muss: Brauchen wir neue Hochschulstandorte in Baden-Württemberg? Wir müssen die Frage beantworten, ob „Hochschule 2012“ heißt, dass es bei den Hochschulstandorten bleibt, die es bereits gibt, oder ob wir, wie unter Lothar Späth in den 80er Jahren, Hochschulpolitik auch als Strukturpolitik betreiben und in nennenswertem Umfang neue Standorte gründen. Die Wirtschaft aus Backnang war mit solchen Anliegen bei mir. Andere, etwa Waldshut, auch. Wir müssen in der Frage entscheiden: Bleibt es bei den jetzigen Hochschulstädten oder nicht?

30 Prozent mehr Studierende heißt, dass man mit dem bisherigen Budget nicht auskommen kann. Aber ich sage in aller Offenheit: 30 Prozent mehr Landesgeld bekommen wir nicht hin. Das wird die Frage eines fairen Mixes sein.

Wenn man 30 Prozent mehr Studierende hat, muss die



Frage entschieden werden: Gehen die Mittel im gleichen Schlüssel wie bisher an die Hochschularten, die es bei uns gibt, oder verstärkt man den Faktor Berufsakademien und Fachhochschulen und macht den Zulauf an die Universitäten etwas weniger stark?

Das ist die eine Frage, die ich mit Ihnen beantworten will. Aber dafür haben wir noch ein Jahr Zeit.

Die zweite Frage ist dann: Bedeutet ein Anstieg der Studierendenzahl um 30 Prozent auch eine Kostensteigerung in gleichem Umfang, oder führt er in Wahrheit zu einer höheren Kostensteigerung? Sie haben ja zu Recht eingefordert, dass wir eher in teureren Studiengängen – Stichwort Ingenieurwissenschaften – noch mehr Zulauf brauchen.

Dritter Faktor: Eigenbeitrag der Hochschule, Effizienzsteigerung. Wir werden neue Räume an Hochschulen brauchen. Aber ich rate trotzdem, besser die vorhandenen Räumlichkeiten zu sanieren. Wir haben einen herausragenden Sanierungsbedarf. Deswegen würde ich lieber eine Ausweitung der Tagesauslastung von Hochschulräumen, etwas außergewöhnliche Laborstunden, Samstagsbetrieb und anderes mehr akzeptieren und das Thema Semesterferien angehen. Die Erneuerung unserer Hochschulgebäude steht für mich vor der Erweiterung.

Wir müssen unser Hochschulgebäudesanierungskonzept hinbekommen. Ich halte dies für bedeutsamer, als zusätzliche Quadratmeter Fläche zu gewinnen. 30 Prozent neue Gebäude wird mit Sicherheit nicht unser Thema sein.

Ferner glaube ich, dass die Frage eines Vorgriffsstundenmodells auf freiwilliger Basis besprochen werden muss. Wir haben dieses Modell auch bei Grund-, Haupt- und Realschulen in Baden-Württemberg. Da haben Lehrer fünf Jahre lang eine Stunde mehr Unterricht pro Woche erteilt – also ein Ansparmodell –, dann fünf Jahre lang im Rahmen der gewöhnlichen Größenordnung unterrichtet, und ab 2008 leisten sie fünf Jahre lang eine Wochenstunde weniger in ihrer Schule. Ich glaube, dieses Modell wäre für die Hochschulen zu starr. Ich versetze mich einmal in die Rolle eines Professors, Dozenten, Lehrenden. Diese sind im Grunde genommen völlig unterschiedlich belastbar. Wenn jedoch der Einzelne Vertrauen in seinen Dienstherrn Staat hat und wir ihm nicht auf Dauer mehr Arbeitszeit zumuten – wir sprechen über die Lebensarbeitszeit oder einen Zeitraum von zehn Jahren –, dann wäre mancher unter Umständen bereit, in den Jahren 2010 bis 2014 oder 2015 analog der freien Wirtschaft entsprechend der Überlast etwas mehr in der Lehre zu tun. – Sie schütteln den Kopf. Dieses Angebot haben mir Kollegen von Ihnen schon gemacht.

Daher glaube ich, dass etwas mehr Flexibilität in der Arbeitszeit ein Eigenbeitrag sein kann. Denn im Grunde genommen wissen wir: Mit dem Anstieg der Studierendenzahl haben wir eine überragende Aufgabe, aber später geht die Zahl wieder etwas zurück. Ich bin sicher, dass ein Vorgriffsstundenmodell auf freiwilliger Basis, ähnlich wie im Bereich der Schule, eine Chance sein kann.

Ansonsten brauchen wir mehr Geld. Ich sage einmal: Bei 30 Prozent mehr Studierenden muss mehr Geld her, mindestens die Hälfte muss durch den Landeshaushalt getragen werden. Ich lege mich noch nicht fest. Dies ist mittel- und langfristig darstellbar durch die Entscheidung über einen möglichen Abbau im Lehrerbereich. In den Jahren 2012 fortfolgende werden wir um Streichungen von Lehrerstellen entlang dauerhaft sinkender Kinderzahlen an den Schulen nicht umhinkommen. Wir wollen in den nächsten vier, fünf Jahren die Zahl der Lehrerstellen halten, weil die optimale Unterrichtsversorgung und der flächendeckende Ausbau der Ganztagschule in Baden-Württemberg diese Lehrerstellen erfordern.

Wir haben jetzt 15 Jahre steigende Kinderzahl in den Schulen hinter uns. In diesen 15 Jahren hat Baden-Württemberg wie kein anderes Land die Zahl der Lehrerstellen erhöht. Wir haben die Zahl der Lehrerstellen in Baden-Württemberg um knapp 12.000 gesteigert. Deswegen meine ich, dass im nächsten Jahrzehnt eine Absenkung der Lehrerstellen entlang der auch im Haushalt schon verankerten k.w.-Stellen, „umgeklappt“ in Hochschullehrerstellen, ein Beitrag sein kann.

Die letzte Frage wird sein: Wenn man mehr Dozenten braucht, müssen das alle Beamte auf Lebenszeit sein, oder müssen wir nicht genau hier den Pakt mit der Wirtschaft verstärken? Wir könnten der Wirtschaft sagen: Wir stellen – trotz des Streiks von ver.di – verstärkt auch auf Angestelltenbasis mit Zeitverträgen ein und wollen einen Rahmenvertrag mit der Wirtschaft, dass ein Teil dieser Dozenten/Akademiker fünf, acht Jahre in der Lehre und Forschung tätig ist und danach in die Wirtschaft wechselt. Denn bei all diesen Fragen muss man auch die Pensionskosten beachten. Deswegen sind Zeitverträge neben dem Stellenplan und der Tätigkeit auf Lebenszeit auch ein Instrument auf Zeit für die Hochschulen zur Bewältigung dieser Aufgabe.

PROF. DR. MANFRED ERHARDT: Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch zehn Minuten Zeit, damit drei Personen aus dem Publikum Fragen – keine Kommentare – personenbezogen an die hier Anwesenden stellen können. Wer möchte an wen Fragen stellen? – Offenbar sind alle Fragen geklärt. Das ist natürlich sehr erfreulich.

Herr Ministerpräsident, Sie haben das letzte Wort. Dazu fällt mir ein, was ich als Referendar beim Amtsgericht Stuttgart erlebt habe: Zum Schluss einer Verhandlung sagte der Strafrichter zum angeklagten Landstreicher: „Herr Angeklagter, Sie haben das letzte Wort.“ Sich versprechend sagte der Angeklagte: „Herr Richter, ich bitte um eine milde Gabe.“

Darum bitten wir Sie auch, Herr Ministerpräsident.